

EU-ERWEITERUNG

Das Armenhaus Europas

Am 25. April werden die EU-Beitrittsverträge mit Bulgarien und Rumänien unterzeichnet. Kurz vor den Parlamentswahlen in Bulgarien versuchen alle maßgeblichen Politiker, sich als große Europäer zu profilieren.

"Dramatik und Happy End in Straßburg", titelte die bulgarische Tageszeitung Dnevnik nach der Abstimmung über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens vergangene Woche im EU-Parlament. Kurz vor der Abstimmung ging es im Parlament noch einmal turbulent zu. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) forderte eine Verschiebung des Votums. Grund dafür waren aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Finanzzusagen an die beiden Länder. Der EU-Ministerrat hat Rumänien und Bulgarien, deren Beitritt Anfang 2007 über die Bühne gehen soll, bis 2013 über 43 Milliarden Euro zugesagt. Bei der Verteilung der Finanzmittel habe man die Haushaltsrechte des EU-Parlaments übergangen, meint die EVP.

Eine gemeinsame "Versöhnungserklärung" rettete schließlich die Abstimmung, bei der 522 Abgeordnete für die Aufnahme Bulgariens und 497 für den Beitritt Rumäniens stimmten. Dagegen stimmten 70 beziehungsweise 93 Abgeordnete. Auch Angehörige der grünen Parlamentsfraktion dürften darunter gewesen sein. Daniel Cohn-Bendit kritisierte etwa, dass Ländern, die noch erhebliche Defizite bei der Erfüllung der Kriterien hätten, "Blankoschecks" für den Beitritt ausgestellt würden. Auch forderte er eine Verschiebung des Votums auf den Spätherbst - im November erscheint der alljährliche "Fortschrittsbericht" der EU-Kommission.

Doch von Blankoschecks kann gar keine Rede sein. Falls nämlich Bulgarien und Rumänien doch nicht so brav "ihre Hausaufgaben machen", wie es die EuropaparlamentarierInnen verlangen, hat die EU bereits vorgesorgt. Wenn einzelne Vorgaben nicht erfüllt werden, kann die Kommission mittels einer "Schutzklausel" den Beitritt um ein Jahr verschieben. Dieses Instrument, das in dieser Form erstmals angewendet wird, scheint die EU auch bei künftigen Beitrittskandidaten gebrauchen zu wollen.



Zufriedene Gesichter: Jean-Claude Juncker und Nicolas Schmit. Das EU-Parlament stimmte mehrheitlich für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens. (Foto: Tom Wagner/eu2005.lu)

Voraussichtlich werden die bereits bekannten Kritikpunkte auch im diesjährigen "Fortschrittsbericht" der Kommission zu finden sein. Von Bulgarien und Rumänien werden vor allem die Reform des Justizsystems, der Kampf gegen Korruption und das "organisierte Verbrechen" sowie die Einhaltung der Rechte der Minderheiten gefordert. Denn dass die Regierungen der beiden Nachbarländer in einigen Monaten alle diese Probleme regeln können, ist mehr als unwahrscheinlich.

In Bulgarien stehen für den 25. Juni zudem Parlamentswahlen an. Der nächsten Regierung wird wohl die Ehre zuteil werden, die "Rückkehr nach Europa" offiziell mit der EU zu besiegeln. Diese symbolisch aufgeladene Gelegenheit will sich natürlich keine Partei entgehen lassen. Dass

gerade sie einen Löwenanteil zur "Europäisierung" des Landes beigetragen hätten, behaupten daher alle Politiker, die zur Wahl antreten.

Der letzte Zar

Dass der im Westen so beliebte Premierminister Simeon Saksoburggotski, legitimer Nachfolger des letzten regierenden Zaren von Bulgarien, mit seiner "Bewegung Simeon II." abermals einen Wahlsieg davontragen kann, ist auszuschließen. In Umfragen wird ein Absturz der Bewegung auf 13 Prozent prognostiziert. Der Gang in die Opposition scheint fast unausweichlich. Im besten Fall könnte Simeons Partei Juniorpartnerin in einer Koalition mit der derzeit oppositionellen Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) werden. Denn die BSP ist derzeit

populär. Ihr Vorsitzender, der 39jährige Sergej Stanishev, hat bereits Anspruch auf den Posten des Premierministers erhoben.

Auch die BSP bekennt sich zum EU-Beitritt, wenn auch weniger euphorisch als die Partei des Zaren. Sie möchte eine Volksabstimmung über den Beitritt durchführen. Bei dem kontrovers diskutierten Thema Atomenergie könnte sie beispielsweise weniger kompromissbereit sein. Für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU hat sich Bulgarien dazu verpflichtet, das Atomkraftwerk Kozloduj stufenweise abzuschalten. Diese Maßnahme ist innenpolitisch sehr umstritten; tatsächlich steht damit eine eigenständige Energieversorgung auf dem Spiel.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Joseph Borell verglich nach der EU-Abstimmung die wirtschaftliche Lage Bulgariens mit der von Spanien vor zwanzig Jahren. Dass man in dieser Rechnung getrost noch ein paar Jahrzehnte dazu zählen kann, dürfte vor allem westeuropäische Investoren beruhigen. Sie können in der Zwischenzeit das deutliche Lohngefälle für ihre Profite nutzen. Einer der führenden ausländischen Investoren in Bulgarien ist Deutschland. 496 Millionen von insgesamt 5,8 Milliarden Euro kamen im vergangenen Jahr von dort.

Ein Hin und Her fand in den vergangenen Wochen zwischen dem Finanzminister Milen Velchev und dem Leiter der IWF-Mission in Bulgarien, Hans Flickenschild, statt. Dieser hatte die höheren bulgarischen Budgetausgaben kritisiert und sich anfänglich gegen die von der Regierung beschlossene Anhebung des Mindestlohns gestellt. Die Regierung wollte den Mindestlohn von 120 Leva, etwa 60 Euro, auf 150 Leva im Monat anheben.

Die Sorge der Marktideologen, dass dadurch die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen werde, ist unbegründet. Auch 150 Leva reichen kaum zum Überleben. Die Menschen sind auf zusätzliche Einkommensquellen angewiesen. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 13 Prozent. Innerhalb des nächsten Jahres wolle man die Zehnprozentmarke erreichen, sagte die Sozialministerin Hristina Hristova ver-

gangene Woche. Damit hätte man dann den EU-Durchschnitt erreicht.

Noch erhoffen sich viele Bulgaren große Verbesserungen vom EU-Beitritt. Viele Erwartungen dürften aber enttäuscht werden. Schon jetzt ist zu bemerken, dass antiwestliche und antiamerikanische Stimmen an Einfluss gewinnen. Zwar wird radikale Agitation gegen den Beitritt bis jetzt nur von einzelnen Demagogen wie dem nationalistischen Buchautor und Fernsehmoderator Volen Siderov betrieben. Dass es jedoch durchaus Ressentiments gegen Europa in der Bevölkerung gibt, zeigen die Angriffe auf Außenminister Solomon Passi, einen erklärten Anhänger der Nato- und EU-Erweiterung. Er wird auch in Medienberichten als "unechter Bulgare" und "ausländischer Agent" bezeichnet, der den Ausverkauf des Landes betreibt. Diese Formulierungen sind umso brisanter, da Passi jüdischer Herkunft ist.

Antisemitische Ressentiments

Dass die bulgarische Regierung die 460 im Irak stationierten Soldaten bis Ende dieses Jahres abziehen will, wird in der Bevölkerung mehrheitlich begrüßt und von allen Parteien unterstützt. Bulgariens Irak-Mission, mit der man sich vor den westlichen Bündnispartnern profilieren wollte und sich Schelte von maßgeblichen Teilen der EU einhandelte, ist damit geplatzt. Innenpolitisch war die Truppenentsendung immer umstritten. Derweil gefällt sich die Regierung in der Rolle als Musterschülerin der Europäischen Integration. Mit Rumänien werde die EU jedenfalls viel mehr Probleme haben als mit Bulgarien, sagte ein bulgarischer Staatsbürger in einer Radiosendung nach der siegreichen Abstimmung. Eine Meinung, die viele Bulgarinnen teilen.

Doch zunächst können derartige Animositäten ruhen. Momentan wird von den beiden Ländern nur ein dankbares Lächeln und ausgiebiges Händeschütteln erwartet. Kommenden Montag bittet die EU zum Fototermin: Dann werden die Beitrittsverträge in Luxemburg unterzeichnet.

Jutta Sommerbauer, Sofia

Avis

MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS

ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS

DIVISION DES TRAVAUX NEUFS

AVIS D'ADJUDICATION

Le vendredi 10 juin 2005 à 10:00 heures du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, à l'ouverture des soumissions concernant

1) les travaux d'installations électriques courant faible

Envergure de l'objet:

- 1 central alarme-incendie avec 750 détecteurs
- 1 central alarme-intrusion avec 75 contacts magnétiques
- 16 racks informatiques avec câblage et prises
- 15 horloges + câblage

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée des travaux est de **350 jours** ouvrables à débiter en septembre 2005.

2) les travaux d'installations électriques basse tension

Envergure de l'objet:

- 55 tableaux électriques de

distribution

- 40 mètres de canalisations de distribution d'énergie
- Système de commande instabus + appareillage
- 3 000 luminaires intérieurs et extérieurs
- 2 centrales d'éclairage de secours + 4 sous-stations
- installations provisoires de chantier

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée des travaux est de **400 jours** ouvrables à débiter en août 2005.

3) les travaux d'installations

électriques moyenne tension

Envergure de l'objet:

- 1 transformateur de 800 kVa
- 4 cellules moyenne tension
- 30 m² de faux-plancher

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée des travaux est de **40 jours** ouvrables à débiter en septembre 2005

à exécuter dans l'intérêt du Lycée du Nord à Wiltz - phase II.

Les amateurs sont tenus d'introduire leur **candidature**

écrite au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à

l'Administration des Bâtiments publics "Soumissions"

Boîte Postale 112

L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration à partir du **vendredi 22 avril 2005**.

Les pièces conformes aux prescriptions du règlement grand-ducal du 7 juillet 2003

et portant l'inscription: "**Soumission pour les travaux ... dans l'intérêt du Lycée du Nord à Wiltz.**" doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture

Le présent avis a été communiqué le 18 avril 2005 au Supplément du Journal Officiel des CEE aux fins de publication.

Luxembourg, le 19 avril 2005

Le ministre des Travaux publics
Claude Wiseler